

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1/10 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die ledigstehenden Zeilepreise siehe 6 Pfennig, die Restamtszeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehniß, Stolpe
Sprechers: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 141. Postfach-Konto: Berlin 62 448. Dienstag, den 7. Oktober 1924. Postfach-Konto Berlin 62448. 23. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung.
Zu der auf
Mittwoch, den 8. Oktober, abends 8 Uhr
im Gemeindefestsaal

anberaumten Versammlung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschließen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeindevertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gestaffelten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung.

Einführung des neu gewählten und befähigten Gemeindevorstehers.

Personenstandsaufnahme.

Die diesjährige Aufnahme des Personenstandes erfolgt am 10. Oktober 1924. Die erforderlichen Vordrucke werden den Hausgeheimen in den nächsten Tagen zugesandt. Die Abholung muß unbedingt bis spätestens den 13. Oktober d. Js. im Gemeindebüro erfolgen. Für die Ausfüllung der Formulare ist in diesem Jahre auf folgendes zu achten:
- Sind infolge der Wohnungsnot in einer Wohnung mehrere Familien untergebracht, so ist jeder Familienvorstand als Haushaltsvorstand anzusehen, so daß für jede Familie eine besondere Wohnungsliste aufgestellt wird. Untermieter sind nur dann als Haushaltsvorstände zu behandeln und in besondere Wohnungslisten aufzunehmen, wenn sie verheiratet sind oder eigenen Hausstand führen.
- Die Personenstandsaufnahme erstreckt sich diesmal nicht nur auf die Einzelpersonen, sondern auch auf die Betriebe. Es müssen also außer den Einzelpersonen alle Betriebe, Büros, Arbeitsstätten und Kassen, die als Arbeitgeber für die Wohnsteuerzahlungkontrolle oder als Steuerpflichtige bei der Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz- und Vermögenssteuer in Frage kommen, aufgenommen werden.

Borgsdorf, den 6. Oktober 1924.
Der Gemeindevorsteher. Rodewald.

Was gibt es Neues.

- In einer Besprechung mit dem Reichstanzler haben sich die Deutschnationalen ihre Stellungnahme zur Regierungsumbildung vorbehalten.
- In Genf glaubt man, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wahrscheinlich im Dezember erfolgen werde.
- Auf Antrag des Generalagenten Owen Young hat die Reparationskommission den Termin für die zweite Festsetzung vom 6. Oktober auf den 13. Oktober verschoben.
- In England rechnet man jetzt bestimmt mit Neuwahlen, die wahrscheinlich am 8. November stattfinden werden.
- Die Abstimmung der Berliner Mühlenerbeiter ergab eine große Mehrheit für Ablehnung des Schiedspruches. Berlins Protovorlegung ist bedroht.
- Der Streik im Berliner Expeditionsgewerbe ist beendet. Die Arbeit wurde heute früh aufgenommen.
- Bei einem Segelbootunglück auf der Elbe ertrank am Sonnabend das Kaufmanns-Brandschiff „Chepar“ aus Hamburg.
- In hohen Barnow (Pommern) wurde der Arbeiter Löffow beim Wildern erschossen.

Londoner Besprechungen über die deutsche Anleihe.

Paris, 6. Oktober. Das französische Mitglied des Dames-Komitees, der Finanzpolitiker Varennet, ist im Auftrag der französischen Regierung am vergangenen Freitag nach London abgereist, um dort mit den übrigen Fachleuten die Modalitäten der 300-Millionen-Goldmarkanleihe hauptsächlich im Hinblick auf die französischen Forderungen zu beraten. Es dreht sich hierbei um die Frage, ob dieser Anleihe zur öffentlichen Zeichnung offiziell ausgesetzt werden oder lediglich den Banken vorbehalten bleiben soll, und schließlich um die Einrückung dieser Anleihe. Der Temps berichtet heute abend aus Brüssel, daß wegen der gleichen Frage der Direktor der belgischen Nationalbank, Janßen, im Auftrag Belgiens in London gleichfalls verhandelt. Es heißt, Frankreich soll von der Anleihe drei Millionen Pfund Sterling, Belgien anderthalb Millionen übernehmen. Belgischerseits würde die Summe von anderthalb Millionen Pfund Sterling gleich 138 Millionen belgischer Franken zum augenblicklichen Kurs für reichlich hoch erachtet.

Der englische Wahlkampf beginnt.

London, 5. Oktober. Der Minister des Innern Henderson, der gestern von Genf zurückkehrte, begab sich zum Wahnsitz direkt in das Hauptquartier der Arbeiterpartei. Er spor, der erste Einzelperson der Regierung, reiste nach Chequers, um mit Macdonald zu verhandeln, und man erwartet, daß Macdonald selbst heute abend nach London zurückkehren werde, um in einer Vollversammlung des Kabinetts am Montag eine Entscheidung darüber herbeizuführen, welche Haltung die Regierung in der Krise annehmen soll.

Reichstagswahlen?

Die letzten Meldungen über die Stellung der Parteien zu der Frage der Regierungsumbildung lassen keinen Zweifel mehr daran, daß die Auflösung des Reichstages und schnelle Neuwahlen unvermeidlich geworden sind. Im Zentrum mehren sich

die Stimmen gegen eine Regierung des „Bürgerblocks“, und ohne das Zentrum — und zwar ohne das ganze Zentrum! — ist der Bürgerblock nicht möglich. Da sich in diesem Fall die Deutsche Volkspartei ihre Handlungsfreiheit vorbehält, was auf gut deutsch Zurückziehung ihrer Minister aus dem Reichskabinet bedeutet, so ist wieder eine Fortsetzung der gegenwärtigen Minderheits-Koalition, noch die Große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten, noch die Einfraktion aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, noch eine Rechts-Regierung möglich; keine dieser Koalitionen hat eine Mehrheit. Eine Regierung der Minderheit kann sich nicht mehr halten, weil sie sich nicht mehr wie bisher die Regierung Marx auf die wohlwollende Neutralität einer so starken Fraktion, wie es die Sozialdemokratie ist, verlassen kann. Es bleibt also nichts anderes übrig, als den Reichstag aufzulösen.

Ob Reichspräsident Ebert von diesem Recht schon vor Zusammenritt des Reichstages nach dem endgültigen Scheitern der Bemühungen, die Grundlage für die Reichsregierung zu verbreitern, Gebrauch machen oder ob er damit warten wird, bis der Reichstag dem Kabinet Marx das Mißtrauen ausgesprochen hat, hängt von dem Ergebnis der Beratungen ab, die auf morgen und übermorgen von allen Fraktionen anberaumt worden sind.

Zur Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Sie zum bisherigen Ergebnis der Besprechung über die Regierungserweiterung hat nunmehr die Deutsche Volkspartei Stellung in einer Erklärung genommen, in der es u. a. heißt:

Scheitert der Versuch der Bildung einer Regierung von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, so muß alsbald über die Einzuziehung nur der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt werden. Auch wir sind der Auffassung, daß deren bisherige Stellungnahme noch der Ergänzung und Klärung bedarf. Wir hoffen, daß die Deutschnationale Volkspartei in der Lage ist, ihre Mitwirkung bei dem Regierungsprogramm in lokaler Durchführung der außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten anzugehen. Erfüllt sich diese Erwartung, so darf die Regierungserweiterung durch die Zuziehung der Deutschnationalen Volkspartei nicht an der prinzipiellen Ablehnung durch Fraktionen der Mitte scheitern. Angesichts der Haltung eines Teiles der Presse der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei wird man erwarten dürfen, daß die Sitzung der beiden Fraktionen die notwendige Klärung bringt.

Die Erklärung schließt mit den Worten: „Auf Grund der nach den Neuwahlen zwischen den Fraktionen und zuletzt dem Kanzler geführten Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei über die Regierungsumbildung und nach den dieser im August von Zentrumsvorstehern gemachten Zusagen dürfen wir bestimmt annehmen, daß die beiden Parteien bei Verhandlungen über eine Erweiterung der Reichsregierung nach rechts nicht grundsätzlich verfahren. Sollte dies dennoch geschehen, so würde sich die Deutsche Volkspartei ihre Handlungsfreiheit vorbehalten.“

Wünsche des rheinischen Zentrums.

Der bekannte rheinische Zentrumspolitiker, Freiherr von Doeberghausen, fordert in einem Artikel in der „Rheinischen Volkszeitung“ den Windhorstbund auf, „er möge nicht weiter die Partei von der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen abbringen“. Diese Verpflichtungen gibt der Verfasser dann zum ersten Male in der Öffentlichkeit bekannt: „Alle bürgerlichen Parteien, vor den letzten Reichstagswahlen von den rheinischen Bauernvereinen befragt, haben bindende Erklärungen in Richtung einer bürgerlichen Regierung abgegeben“. Die Forderungen der Bauernvereine, insbesondere des Rheinischen Bauernvereins, waren: „Grundfällige Ablehnung des Faschismus. Grundfällige Einstellung auf ein Zusammenfassungsverhältnis aller positiv gerichteten bürgerlichen Kräfte unter entsprechender mitbestimmender Teilnahme der bodenständigen Bauernvereine, dementsprechend möglichst baldige Herstellung einer bürgerlichen Regierung im Reich und in den Ländern.“

Daraufhin hat insbesondere das Reichszentrum geschrieben: „Die Zentrumspartei ist bestrebt, alle christlichen und positiv gerichteten Kräfte zur Mitwirkung an den Staatsgeschäften heranzuziehen. Sie steht daher im schärfen Gegensatz zur marxistischen Grundanschauung der Sozialdemokratie.“ Die rheinische Zentrumspartei erklärte, „daß sie stets auf dem Boden dieses Gedankens sich bewegt hat und ihre Aufgabe darin sehen muß, unentwegt an der Geltendmachung dieses Gedankens zu arbeiten.“

Die Politik der Woche.

Fraktionsberatungen im Reichstag.
Im Laufe dieser Woche treten im Reichstag sämtliche Fraktionen zusammen, um zu den Beratungen über

die Regierungserweiterung Stellung zu nehmen. Zu Dienstag vormittag ist die demokratische Fraktion einberufen worden. Am Mittwoch vormittag folgt die Zentrumsfraktion, am Mittwoch nachmittag treten die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler zusammen. Die anderen Fraktionen haben noch keine Einladung an ihre Mitglieder ergeben lassen. Auch verschiedene Ausschüsse des Reichstages werden in der nächsten Woche ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Das Plenum des Reichstages wird erst in der nächsten Woche, am 15. oder 16. Oktober, sich wiederum versammeln.

Nichtlinien des Reichstanzlers.

Der Reichstanzler hat inzwischen, entsprechend seiner bei der Aussprache mit dem Beauftragten der Deutschnationalen Volkspartei geäußerten Absicht bestimmte Richtlinien für die Führung der äußeren und inneren Politik entworfen. Diese Richtlinien sollen, wie amtlich gemeldet wird, die Grundlage für die Zusammenfassung der in Betracht kommenden Parteien bilden. Auf Grund dieser Richtlinien werden die Verhandlungen mit den Fraktionen weitergeführt werden.

Amerika und Genf.

Die Abrüstungsfrage.

Die letzten Arbeiten der Genfer Völkerbundtagung, namentlich das Sicherheits- und Abrüstungsproblem, sind in den politischen Kreisen Washingtons mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Sehr mißfällig wurde dabei die Rolle Japans und Frankreichs bemerkt.

Ein angesehener amerikanischer Diplomat bemerkt dazu, es sei schon seit geraumer Zeit bekannt, daß Japan mit Frankreich Hand in Hand gehe. Verweise wird auf den Besuch des Gouverneurs in Indochina, Merkin, in Tokio. Offenbar sei bei dieser Gelegenheit ein Einvernehmen erzielt worden, das im wesentlichen darauf hinauslaufe, daß Japan und Frankreich sich allen Landabrüstungsplänen entschieden widersetzen werden. Der einzige wirkliche Fortschritt auf dem Wege zu einer Abrüstung sei auf der Konferenz in Washington erzielt worden. Die Konferenz, die jetzt der Völkerbund plane, werde wohl schwierig ebensolche praktische Ergebnisse erzielen. Gerade darum aber hätten Frankreich und Japan Interesse daran, die Genfer Abrüstungskonferenz zu befürworten und der vom Präsidenten Coolidge geplanten neuen Konferenz in Washington zuzustimmen.

Die amerikanische Regierung selbst präzisiert ihren Standpunkt dahin, daß für sie keinerlei Anlaß bestehe, zu Beschlüssen einer Körperschaft Stellung zu nehmen, an deren Beratungen sie nicht beteiligt gewesen sei und auch nicht beteiligt zu werden wünschte.

Das ganze Protokoll indiskutabel.

Ganz auffallend scharf ist die Gegnerschaft zu den Genfer Beschlüssen in den parlamentarischen Kreisen Washingtons. Dort erklärt man, es habe sich jetzt erneut erwiesen, daß der Völkerbund beschaffte, eine Art „Ueberflaß“ zu errichten, dessen Machtvollkommenheiten so weit gehen sollen, daß unter Umständen in die Hoheitsrechte einzelner Nationen eingegriffen werden könnte. Auf derartige Pläne könne sich Amerika selbstverständlich niemals einlassen. Die Haltung Japans habe ja deutlich gezeigt, welchen Gefahren Amerika sich damit aussetzen würde. Bezeichnenderweise sei Japan mit seinen Forderungen durchgegangen, aber Amerika würde sich nie und nimmer eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, etwa durch Auflösung der Einwaiderungsfrage von außen her, gefallen lassen. Noch viel weniger könne ernsthaft erwogen werden, daß Amerika etwa Truppenkontingente nach Europa entsenden sollte, um an einer militärischen Exekution des Völkerbundes gegen irgendein Volk teilzunehmen. Kurz, das ganze Genfer Protokoll, wie es jetzt vorliegt, sei für Amerika von A bis Z indiskutabel.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 4. Oktober.

Bei der Weiterberatung des Hausalters des Ministeriums des Innern wendet sich der kommunistische Abgeordnete Schrenk gegen die angebliche Ausnahmehandlung der kommunistischen Partei durch den Innenminister und verlangt für die kommunistischen Demonstrationen das Recht, in die Rathhäuser und in die Sitzungssäle einzudringen.

Der demokratische Abg. Janßen-Solingen spricht dem Minister das Vertrauen seiner Partei aus. Abg. Schuberth (Soz.) verteidigt die Politik des Ministers Seebing und wendet sich gegen Schwarz-Weiß-Vot, das weiter nichts sei, als die Fahne des Aufstiegs des Klassenkampfes.